

Bleiben oder Gehen? Einflussfaktoren auf die Wohnstandortmobilität anerkannter Flüchtlinge in ländlichen Räumen am Beispiel des Bayerischen Waldes

Weidinger, Tobias; Kordel, Stefan; Pohle, Perdita

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weidinger, T., Kordel, S., & Pohle, P. (2017). Bleiben oder Gehen? Einflussfaktoren auf die Wohnstandortmobilität anerkannter Flüchtlinge in ländlichen Räumen am Beispiel des Bayerischen Waldes. *Europa Regional*, 24.2016(3-4), 46-61. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-57379-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Bleiben oder Gehen? Einflussfaktoren auf die Wohnstandortmobilität anerkannter Flüchtlinge in ländlichen Räumen am Beispiel des Bayerischen Waldes

TOBIAS WEIDINGER, STEFAN KORDEL, PERDITA POHLE

Zusammenfassung

Eine zunehmende Zahl von Asylbewerbern erreichte in den vergangenen Jahren Europa und wurde auf der Grundlage staatlicher Verteilungspolitiken auch in ländlichen Gebieten untergebracht. Diese Form internationaler Zuwanderung in ländliche Räume wurde in der Forschung bisher nur randständig betrachtet, wenngleich sie von unterschiedlichen Akteuren als regionaler Entwicklungsimpuls gesehen wird, mithilfe dessen sich Infrastrukturrückbau in Folge von Abwanderung und Geburtenrückgang sowie Arbeitskräftemangel entgegenwirken ließe. Es ist unklar, wie persistent diese Zuwanderungsprozesse für ländliche Räume sind und ob Asylbewerber auch nach der Zuerkennung des Flüchtlingsstatus, wenn sie ihren Wohnstandort frei wählen dürfen, auf dem Land wohnen bleiben (*staying put*) oder in die Städte weiterwandern (*onward migration*). Am Beispiel zweier Landkreise im Bayerischen Wald (Deutschland) wird im Beitrag die Wohnstandortmobilität anerkannter Flüchtlinge vor dem Hintergrund von individuellen Wohnstandortwünschen und strukturellen Faktoren wie lokalem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, sozialem Umfeld und rechtlichen Aspekten diskutiert. Unter Zuhilfenahme des Integrationsmodells von AGER und STRANG werden dabei strukturelle Spezifika ländlicher Räume für die Entscheidung über Bleiben oder Weiterwandern herausgearbeitet. Basierend auf leitfadengestützten Experteninterviews mit lokalen Akteuren zeigen empirische Daten sowohl Land-Stadt-Wanderung, Rückwanderung in ländliche Räume, Zuwanderung in ländliche Räume und *rural staying*. Individuelle Unsicherheitsfaktoren unterstreichen jedoch den vorläufigen Charakter der Wohnstandortmobilität anerkannter Flüchtlinge. Bei der Suche nach Wohnraum vor Ort und der Integration von Geflüchteten im sozialen Wohnumfeld kommt der Unterstützung durch lokale Akteure eine bedeutende Rolle zu, die direkt oder indirekt Einfluss auf die Wohnstandortmobilität hat. Dabei zeigen lokal-regionale Unterschiede die Heterogenität ländlicher Räume.

Migration; Mobilität; Integration; Wohnen; Flüchtlinge; ländliche Räume; Bayern

Abstract

Staying or Leaving? Factors of influence on the residential mobility of recognized refugees in rural areas drawing on the example of the Bavarian forest, Germany

In the last couple of years, a rising number of asylum seekers arrived in Europe, who were increasingly accommodated in rural areas according to national dispersal policies. This form of international migration to rural areas hasn't receive much scientific attention yet. However, various stakeholders address immigration of refugees as a tool for regional development of lagging areas in the light of out-migration, declining birth-rates or labour shortages. By now, it seems ambiguous, how persistent these immigration processes to rural areas are and the following question arises: Will asylum seekers stay in rural areas (*staying put*) or move on to the cities (*onward migration*) once they receive their refugee status, when they can freely decide where to live? Taking the example of two rural districts (Landkreise) in the Bavarian forest (Germany), we discuss the residential mobility of recognised refugees. It is assumed that they negotiate residential choices against the backdrop of individual residential location desires and structural factors, such as local housing market and labour market, social connection and legal issues. Drawing on the integration framework by Ager & Strang, the structural peculiarities of rural areas regarding the decision to stay or move are highlighted. Based on expert interviews with local actors, empirical data show rural-to-urban-migration, re-migration to rural areas, in-migration to rural areas and rural staying. However, individual elements of uncertainty emphasize the temporality of residential mobility of recognised refugees. With regard to the search for housing and the local integration of refugees, support provided by local actors plays an important role, as it is directly or indirectly connected with residential mobility. Differences on a local and regional level highlight the heterogeneity of rural areas.

Migration; mobility; integration; housing; refugees; rural areas; Bavaria

Einführung: Geflüchtete in ländlichen Räumen Europas

Vor dem Hintergrund weltweiter Krisen und Konfliktherde führt besonders die zahlenmäßig stark gestiegene Ankunft von Geflüchteten¹ in vielen ländlichen Räumen Europas zur ethnischen Differenzierung vor Ort und zeigt somit auf eindrucksvolle Weise die immer stärkere Einbindung ländlicher Räume in global ablaufende Prozesse (WOODS 2011, S. 266). Die Mehrzahl wissenschaftlicher Studien zum Thema Fluchtmigration nach Europa thematisierte bisher vorwiegend städtische Kontexte (z. B. JACOBSEN 2006; WREN 2007; BRECKNER 2014). Ländliche Räume hingegen wurden nur in singulären Fallstudien untersucht: nach dem Zweiten Weltkrieg und in den 1990er Jahren von Heimatvertriebenen und (Spät-) Aussiedlern² aus ehemaligen Gebieten des Deutschen Reichs in ländliche Räume Deutschlands (SCHULZE 1990; EXNER 1999; CONNOR 2007), im Kontext der Jugoslawienkriege von Südosteuropa ins ländliche Dänemark (TILIA 2000) und Österreich (BRUNNER et al. 1994) sowie seit den 2000er Jahren aus Nordafrika und dem Mittleren Osten nach Dänemark (LARSEN 2011), Großbritannien (SCHECH u. RAINBIRD 2013) und Schweden (WERNESJÖ 2014). Einen maßgeblichen Einfluss auf das Ausmaß dieser Form der Zuwanderung in ländliche Räume hatten und haben dabei häufig staatliche Regulierungspolitiken, die mithilfe räumlicher Verteilungsmechanismen darauf abzielen, Asylbewerber während der Durchführung der Asylverfahren dezentral, d.h. auch in ländlichen Räumen, unterzubringen. Was passiert jedoch nach dem Abschluss des Asylverfahrens, wenn Asylbewerber mit der Zuerkennung eines Flüchtlingsstatus selbst entscheiden können, wo sie wohnen möchten? Bleiben sie auf dem Land

wohnen (*staying put*) oder ziehen sie in Städte und Ballungsgebiete weiter (*onward migration*, STEWART 2011)?

Die dazu bisher geführten Debatten in der Migrations- und Integrationsforschung weisen darauf hin, dass für das Verständnis der Wohnstandortentscheidung sowohl individuelle (z. B. Geschlecht, Alter oder Familienzusammensetzung) als auch strukturelle Faktoren (z. B. Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt oder Rechtslage) untersucht werden müssen (STENBACKA 2013; STEWART u. SHAFFER 2015). Letztere können sich jedoch von Staat zu Staat, von Region zu Region und von Ort zu Ort sehr stark unterscheiden (DE LIMA et al. 2012), weshalb sich GLICK-SCHILLER und ÇAGLAR 2010 für einen *local turn* in der Migrations- und Integrationsforschung einsetzten. Da nicht zuletzt auch Sekundärdaten zum Wanderungsverhalten von anerkannten Flüchtlingen aus unterschiedlichen Gründen häufig nicht oder mit nur unzureichender Aussagekraft zur Verfügung stehen (für Deutschland, SVR 2016, S. 11), ist weiterer Forschungsbedarf in Form von kleinräumigen qualitativen Fallstudien notwendig. Als Untersuchungsland dafür bietet sich Deutschland an, welches innerhalb Europas seit 2012 jährlich die meisten Asylbewerber verzeichnete (EUROSTAT 2017) und diese auch in ländlichen Räumen unterbringt. Am Beispiel zweier Landkreise im Bayerischen Wald wird folgende Forschungsfrage diskutiert: Welche Wanderungsmuster lassen sich für anerkannte Flüchtlinge, die in ländlichen Räumen untergebracht waren, feststellen und wie erklären lokale Akteure dieses Mobilitätsverhalten?

Der Zuzug von Geflüchteten verändert die sozialen Strukturen vor Ort nachhaltig (MCAREAVEY 2016), weshalb sich auch die Frage nach den Reaktionen lokaler Akteure aus Zivilgesellschaft und Politik stellt (MCAREAVEY 2012; RADFORD 2016; GLORIUS 2017). Daher wird im zweiten Teil des Beitrags schließlich gefragt, welche Unterstützung lokale Akteure anerkannten Flüchtlingen in Bezug auf die Aspekte Wohnraum und Wohnumfeld zukommen lassen. Dabei

wird angenommen, dass die Hilfe bei der Suche nach Wohnraum oder die Forcierung eines Eingebunden-Seins in soziale Strukturen durch lokale Akteure direkt oder indirekt dazu beitragen kann, die Wohnstandortmobilität anerkannter Flüchtlinge hin zum ‚Bleiben auf dem Land‘ zu beeinflussen.

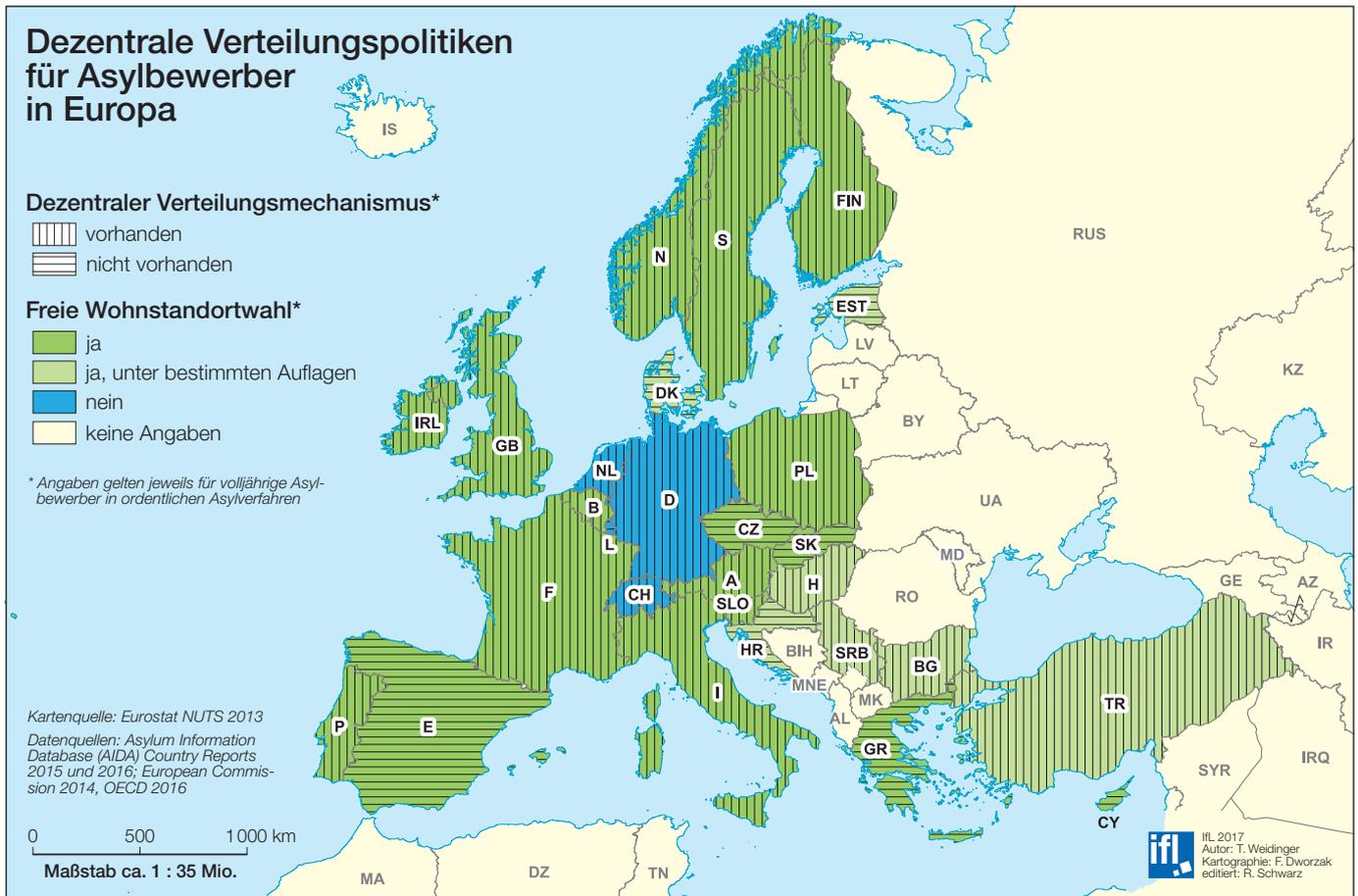
Im Folgenden wird zunächst der Kontext der Unterbringung von Geflüchteten in ländlichen Räumen erläutert, wobei der Fokus auf der Darstellung von staatlichen Regulierungspolitiken, d.h. dezentralen Verteilungsmechanismen und Wohnsitzauflagen, liegt. Um die Wohnstandortentscheidung anerkannter Flüchtlinge zugunsten oder zuungunsten ländlicher Räume zu verstehen, werden unter Bezugnahme auf das Integrationsmodell von AGER und STRANG (2008) Aspekte des Alltagslebens, die als Schlüsselkomponenten von Integration betrachtet werden, aufgezeigt. Dabei wird der Forschungsstand zu Geflüchteten in ländlichen Räumen Europas hinsichtlich dieser Dimensionen herausgearbeitet. Nach der Vorstellung des Forschungsdesigns, des methodischen Ansatzes und der beiden Untersuchungslandkreise Freyung-Grafenau und Regen im Bayerischen Wald werden die empirischen Ergebnisse der Fallstudie zum einen hinsichtlich der Migrationsmuster anerkannter Flüchtlinge und zum anderen hinsichtlich der Unterstützung lokaler Akteure diskutiert. Abschließend werden daraus verbleibende Forschungslücken abgeleitet.

Staatliche Regulierungspolitiken: dezentrale Verteilung von Asylbewerbern in ländliche Räume und Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge

Besonders Nationalstaaten des Globalen Nordens versuchen mittels (supra)nationaler Außen- und Grenzpolitiken über immer mobiler werdende Gesellschaften, respektive Asylsuchende, zu regieren (GILL et al. 2011, S. 306). Wenn Asylsuchende von internationalem Völkerrecht oder nationalem Asylrecht Gebrauch machen wollen, müssen sie häufig in Kauf nehmen, dass ihnen der aufnehmende Staat

1 Unter dem Begriff „Geflüchtete“ werden in diesem Beitrag sowohl Asylsuchende, Asylbewerber als auch anerkannte Flüchtlinge, Kontingentflüchtlinge und geduldete Personen zusammengefasst. Soweit möglich und notwendig, wird immer auf die Verwendung des aufenthaltsrechtlichen legalen Status der Personen zurückgegriffen.

2 Zur besseren Lesbarkeit wurde auf die gleichzeitige Nennung von männlichen und weiblichen Personenbeschreibungen verzichtet. Alle Angaben beziehen sich grundsätzlich – soweit zutreffend – sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form.



Karte 1: Dezentrale Verteilungspolitiken für Asylbewerber in Europa

mithilfe von Regulierungspolitiken die Mobilität mindestens während der Asylverfahren einschränkt und sie häufig ohne eigene Handlungsmacht im Raum ‚verortet‘ (BECK 1992, zit. nach WITTEBORN 2011, S. 1144). Eine freie Wohnstandortwahl während der Verfahren ist in zahlreichen europäischen Ländern häufig nur unter bestimmten Auflagen möglich: nämlich, wenn 1. der Asylbewerber darlegen kann, dass er über entsprechende finanzielle Eigenmittel verfügt und nicht auf staatliche Hilfsleistungen angewiesen ist bzw. auf deren Inanspruchnahme verzichtet, wenn 2. eine Wartefrist von sechs Monaten verstrichen ist, oder wenn 3. der Wohnstandort innerhalb eines bestimmten, zugewiesenen Gebietes liegt (vgl. Karte 1).

Viele Länder Europas, darunter Deutschland, Großbritannien, Österreich und Schweden, bringen Asylbewerber während der Durchführung der Asylverfahren mithilfe dezentraler

Verteilungsmechanismen verpflichtend oder auf freiwilliger Basis auch in ländlichen Räumen unter (u.a. BOSWELL 2003; VALENTA u. BUNAR 2010; ROSENBERGER u. KÖNIG 2011; BAKKER et al. 2016, vgl. auch Karte 1). Politisch begründet wird die räumliche Verteilung zum einen mit Lastenargumenten (*burden sharing*): Kosten der Unterbringung von Asylbewerbern sollen auf möglichst viele Regionen bzw. Kommunen verteilt, die urbanen Wohnungs- und Arbeitsmärkte entlastet oder Parallelgesellschaften in Städten dadurch verhindert werden (BOSWELL 2003; VALENTA u. BUNAR 2010; STEWART 2011). Zum anderen werden auch Aspekte der Raumplanung bzw. regionalen Entwicklung ländlicher Räume angeführt. Dabei werden Asylbewerber vor dem Hintergrund von altersselektiver Abwanderung und Arbeitskräftemangel von Seiten der Politik als Chance gesehen, Leerstände zu vermeiden, den Rückbau von Infrastrukturen (z. B. Schulen) abzumildern bzw.

mithilfe ihrer mitgebrachten Ressourcen zur ökonomischen, sozialen und kulturellen Revitalisierung ländlicher Räume beizutragen (STEWART 2011; BÖTTCHER 2016; vgl. SCHECH 2014 für Australien)³. Die räumliche Nähe zu Infrastrukturen und unterstützenden Akteuren wird von der Politik zudem als Möglichkeit gesehen, die Integration von Asylbewerbern zu beschleunigen (VALENTA u. BUNAR 2010; SVR 2016; vgl. McDONALD et al. 2008 für Australien).

Spätestens mit dem positiven Abschluss des Asylverfahrens endet für anerkannte Flüchtlinge in der Regel die Verpflichtung, in staatlichen Unterkünften zu wohnen. Sie dürfen dann selbst über ihren Wohnstandort bestimmen und entscheiden, ob sie lieber auf dem Land

³ Für eine kritische Auseinandersetzung mit der Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten aus raumplanerischen Gründen siehe DEHNE und KNIELING 2016. Die Autoren verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die Gefahr eines ‚autokratischen Politik- und Planungsverständnisses‘ (ebd. 7).

wohnen bleiben oder in die Städte ziehen möchten (vgl. Art. 26 der Genfer Flüchtlingskonvention). Für diejenigen, die kein ausreichendes eigenes Einkommen haben und von Sozialleistungen abhängig sind, können jedoch auch nach dem positiven Abschluss des Asylverfahrens staatliche Regelungen zur Einschränkung der Freizügigkeit des Wohnorts existieren. Dazu zählen zum einen sogenannte ‚Wohnsitzauflagen‘ oder *local connection rules*. So können sich in Großbritannien anerkannte Flüchtlinge nur in der Region um eine Sozialwohnung bewerben, der sie während des Verfahrens zugeteilt wurden (STEWART u. SHAFFER 2015). In den Niederlanden werden nach BAKKER et al. (2016) anerkannten Flüchtlingen Sozialwohnungen zugewiesen, die in der Regel in derselben Region liegen wie die Asylunterkünfte, in denen sie vorher untergebracht waren. Dies soll verhindern, dass sie in die Nähe bereits bestehender ethnischer Gemeinschaften in Städten umziehen. Schließlich gilt seit Inkrafttreten des Integrationsgesetzes am 06.08.2016 auch in Deutschland eine dreijährige Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge, die nach dem 01.01.2016 ihre Anerkennung erhalten haben und nicht arbeiten oder sich in Ausbildung befinden⁴. Dabei wird die Wohnsitznahme auf das Bundesland beschränkt, in welchem der Asylbewerber bereits während des Verfahrens untergebracht war (§12a Abs. 1 AufenthG). Die Bundesländer können zudem weitere strengere Regelungen erlassen und den Wohnsitz in einer bestimmten Gebietskörperschaft (Bezirk, Kreis/Landkreis, Kommune/Stadt) vorgeben oder ein Verbot, an einen bestimmten Ort innerhalb des Bundeslandes zu ziehen, aussprechen, sofern dies ‚integrationspolitisch notwendig ist‘ (vgl. SVR 2016, S. 20 f.). Voraussetzungen für die Wohnsitznahme an einem bestimmten Ort sind jedoch, dass vor Ort angemessener

Wohnraum zur Verfügung steht, hinreichende Sprachförderung möglich ist und der örtliche Ausbildungs- und Arbeitsmarkt Chancen auf eine Erwerbstätigkeit bietet (§12a Abs. 3 AufenthG). Daneben können anerkannten Flüchtlingen, die Sozialleistungen beziehen, durch einen Umzug auch Ansprüche auf staatliche Leistungen verloren gehen oder versagt werden, wodurch die Freizügigkeit des Wohnorts für anerkannte Flüchtlinge faktisch ebenfalls eingeschränkt wird. Im Falle Deutschlands werden bei Umzügen, die aus Sicht der zuständigen kommunalen Träger wie Jobcenter ‚nicht erforderlich‘ bzw. ‚nicht notwendig sind‘, die im Vergleich zur vorherigen Wohnung höheren Kosten für Unterkunft und Heizung bzw. Umzugskosten nicht übernommen (§22 Abs. 1 und Abs. 6 SGB II).

Einflussfaktoren auf die Wohnstandortmobilität anerkannter Flüchtlinge und Besonderheiten ländlicher Räume

Die wenigen vorliegenden internationalen Studien, die sich mit der Wohnstandortmobilität anerkannter Flüchtlinge in ländlichen Räumen beschäftigen, deuten ein Nebeneinander von Bleiben auf dem Land (*staying put*) und Weiterwandern in Städte und Ballungsgebiete an (*secondary migration*, ROBINSON u. HALE 1989, bzw. *onward migration*⁵, STEWART 2011): So entschieden sich in kleinen Gemeinden Dänemarks zwischen 1985 und 1996 50 % der Männer und 36 % der Frauen für eine Weiterwanderung (DAMM 2004, S. 32, 64), wobei 93 % der Migrationsentscheidungen zugunsten von Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern getroffen wurden. Eine durchschnittliche Migrationsrate anerkannter Flüchtlinge von 36 % konnten DAMM und ROSHOLM (2005, S. 2) für den Zeitraum 1994 bis 1999 in Norwegen feststellen, wobei die Rate umso höher war, je weiter der Ort von der

Metropolregion Oslo entfernt war (57 % im Norden Norwegens). In Kanada zogen SIMICH et al. (2002) zufolge zwischen 1999 und 2001 bis zu 46 % der in peripher gelegenen und ländlichen Provinzen untergebrachten Flüchtlinge in andere metropolitanere Provinzen.

In diesem Beitrag wird die Wohnstandortentscheidung von anerkannten Flüchtlingen als dynamisch, fluide und prozesshaft verstanden (MCAREAVEY 2012, S. 491). Mobilität und unterwegs sein wird dabei als Normalzustand begriffen, Aushandlungen von Zuhause und Bindungen an Wohnstandorte als vorübergehend (HALFACREE u. RIVERA 2012, S. 94). Die Entscheidung für einen Wohnstandort und damit die Konstruktion von Zuhause erfolgen im Spannungsfeld von individuellen Wohnstandortwünschen und strukturellen Faktoren wie lokalem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, sozialem Umfeld und rechtlichen Aspekten (STEWART u. SHAFFER 2015, S. 12). Das Individuum strebt somit nach persönlichen Vorteilen, indem es aktiv rationale Entscheidungen trifft (*calculating subject*), und ist zugleich in Lebenswelten eingebunden (*contextual subject*, HALFACREE u. RIVERA 2012). Die Autoren betonen damit die Relevanz des Wohnumfeldes und das Eingebundensein in soziale Strukturen sowohl für das Bleiben (*staying put*) als auch für das Weiterwandern (*onward migration*). Während individuelle Einflussfaktoren wie Geschlecht, Alter, Familienstand, Haushaltszusammensetzung oder Herkunft auf Wohnstandortmobilitäten anerkannter Flüchtlinge bereits diskutiert wurden (NETTO 2011; STEWART 2011; STEWART u. SHAFFER 2015), sollen in diesem Beitrag strukturelle Spezifika ländlicher Räume fokussiert werden. Dazu wird im Folgenden das Integrationsmodell von AGER und STRANG (2008) herangezogen, welches Schlüsselkomponenten für Integration von Geflüchteten erfasst und deren Interdependenzen beleuchtet (vgl. Abb.).

Basierend auf einer umfangreichen Literaturrecherche sowie eigenen Feldarbeiten wurden von den beiden Autoren unterschiedliche Perspektiven darauf, was aus Sicht von Geflüchteten und der

⁴ Von 1989 bis 2009 galt bereits ein befristetes Wohnortzuweisungsgesetz (WoZug) für (Spät-)Aussiedler (vgl. HAUG u. SAUER 2007). Daneben ermöglichte das Aufenthaltsrecht bereits vor Einführung der Wohnsitzauflage die Beschränkung des Wohnsitzes auf den Bezirk einer bestimmten Ausländerbehörde, wovon jedoch in der Praxis nur selten Gebrauch gemacht wurde (SVR 2016, S. 17).

⁵ Im vorliegenden Beitrag wird der Begriff *onward migration* von STEWART (2011) verwendet, da er im Gegensatz zu *secondary migration* nicht normativ besetzt ist, d.h. mit fehlgeschlagener Integrationspolitik verbunden wird (STEWART u. SHAFFER 2015, S. 16). Gleichzeitig erkennt er die Möglichkeit von mehreren, hintereinander ablaufenden Mobilitätsprozessen im Zeitverlauf an und wirkt damit dem *sedentary bias* entgegen (ebd., vgl. LINDLEY u. VAN HEAR 2007).

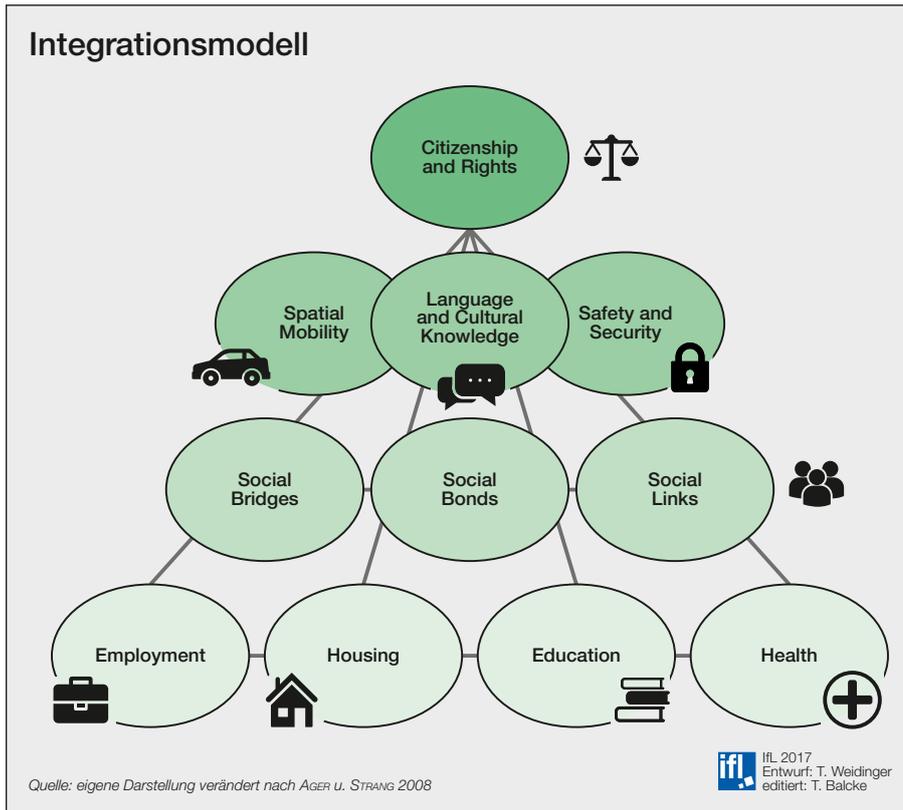


Abb.: Integrationsmodell

Lokalbevölkerung ‚erfolgreiche‘ Integration bedeutet, zusammengetragen und zu einer Theorie mittlerer Reichweite weiterentwickelt (ebd. 166 f.)⁶.

Unter der Schlüsselkomponente *Citizenship and Rights* subsumieren AGER und STRANG (2008) die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Integration von Geflüchteten. Diese umfassen zum einen staatlich garantierte und von Geflüchteten beanspruchbare Rechte wie Religionsfreiheit oder Gerechtigkeit vor dem Gesetz (ebd. S. 175). Zum anderen können Geflüchteten auch bestimmte Pflichten vorgeschrieben werden, wie z. B. die Wohnsitznahme in ländlichen Räumen. Rechte und Pflichten ermöglichen Geflüchteten erst den Zugang zu den Bereichen Arbeit, Wohnraum, Bildung und Gesundheit (*Employment, Housing, Education* und *Health*). Unterstützend wirken

dabei Sprachkompetenz und kulturelles Wissen (*Language and Cultural Knowledge*), Geborgenheit und Sicherheit (*Safety and Security*) sowie soziale Bindungen (*Social Connection*). Da insbesondere in ländlichen Räumen der räumlichen Mobilität (*Spatial Mobility*) eine unterstützende Rolle zukommt (vgl. Überlegungen bei BOSE 2014), wurde das Modell um diesen Aspekt erweitert.

Eine wichtige Schlüsselkomponente für Integration ist der Zugang zu Arbeit (*Employment*). Arbeit trägt nicht nur zu ökonomischer Unabhängigkeit von Geflüchteten bei, sondern erleichtert auch die Zukunftsplanung und bietet Kontaktmöglichkeiten (AGER u. STRANG 2008, S. 170). Bei der Suche nach Arbeitsplätzen wird ethnischen Netzwerken eine besondere Bedeutung beigemessen (STEWART u. SHAFFER 2015, S. 82). Erfahrungen zeigen, dass Geflüchtete besonders in ländlichen Räumen, wo ethnische Netzwerke häufig schwächer ausgeprägt sind, nur schwer geeignete Arbeitsplätze finden oder, bedingt durch Nicht-Anerkennung von Qualifikationen und früherer

Berufserfahrung, im Niedriglohnsektor beschäftigt sind (AGER u. STRANG 2008, S. 170; VALENTA u. BUNAR 2010, S. 475; SCHECH 2014, S. 613). Gleichzeitig ist die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen durch schwache ÖPNV-Anbindung und fehlende Individualmotorisierung oft erschwert (*Spatial Mobility*, WEINE et al. 2011, S. 37).

Integration hängt auch von den Bedingungen und Erfahrungen der Geflüchteten in Bezug auf Zugang zu Wohnraum (*Housing*) ab. Dabei wurden in der Vergangenheit enge Wechselwirkungen zwischen Wohnen und physischem sowie emotionalem Wohlbefinden, Zugehörigkeit und Sicherheit festgestellt (PHILLIPS 2006; AGER u. STRANG 2008, S. 171). Die Zufriedenheit mit der Wohnung hängt dabei u. a. von Größe, Qualität und Ausstattung, Anbindung an Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie Arbeitsplatz, Preis und vertraglicher Situation (Miete/Eigentum, befristet/unbefristet) sowie sozialem Wohnumfeld ab (ebd., STEWART u. SHAFFER 2015, S. 19). In Bezug auf Wohnraum wird ländlichen Räumen aufgrund früherer Abwanderungsprozesse und daraus resultierenden Leerständen einerseits eine große Verfügbarkeit von Wohnungen zugeschrieben (BOCK et al. 2016, S. 78), während andere Studien den fehlenden Zugang zu Wohnraum (HUGO 2008; SCHECH 2014) und vergleichsweise hohe Mietkosten bei geringer Qualität der Wohnungen betonen (DE LIMA et al. 2012).

Zugang zu Bildung (*Education*) ermöglicht Geflüchteten den Erwerb von Fähigkeiten und Kompetenzen für eine spätere Arbeitsaufnahme und bietet gleichzeitig Möglichkeiten der sozialen Interaktion. In Bildungseinrichtungen wie auch Arztpraxen und Krankenhäusern (*Health*) in ländlichen Räumen fehlen jedoch häufig speziell ausgebildetes Personal oder Übersetzer, um Sprachbarrieren zu Geflüchteten zu überbrücken (AGER u. STRANG 2008, S. 173; vgl. DE LIMA et al. 2012; SCHECH 2014). Trotz geringer räumlicher Distanz zu diesen Einrichtungen können diese aufgrund schwach ausgebautem und/oder teurem ÖPNV oft

⁶ Der Begriff Integration beschreibt verschiedene Perspektiven auf ein erwünschtes Ziel, nämlich die optimale Beziehung zwischen Migranten und der Lokalbevölkerung (SPENCER u. COOPER 2006: 14). Integration ist dabei als wechselseitiger Prozess zu verstehen (CASTLES et al. 2001), der individualisiert, umkämpft und kontextabhängig ist (ROBINSON 1998, S. 118).

nur mit großem zeitlichen und finanziellen Aufwand erreicht werden (SVR 2016, S. 30).

Die Fähigkeit, die Sprache des aufnehmenden Landes zu sprechen (*Language*), wirkt sich, wie STEWART und SHAFFER (2015) zeigen konnten, direkt auf die Wohnstandortmobilität aus. So resultiert eine bessere Sprachkompetenz in einer geringeren Tendenz zu ethnischen Gemeinschaften zu ziehen. Unterstützend für das Bleiben wirkt das Wissen der Geflüchteten über lokale Handlungsweisen, Bräuche und Sitten sowie praktische Informationen über ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Wohnorte (*Cultural Knowledge*, AGER u. STRANG 2008, S. 182 f.; LARSEN 2011; STEWART u. SHAFFER 2015; WEIDINGER u. KORDEL 2016). Dieses Wissen akkumuliert sich mit der Zeit, die Geflüchtete vor Ort verbringen (STEWART 2011, S. 31).

Nach teils traumatischen Erlebnissen in (Bürger-)Kriegsgebieten spielt für Geflüchtete Geborgenheit und Sicherheit (*Safety and Security*) eine wichtige Rolle. Dazu zählen Abwesenheit von körperlicher Gewalt und Beschimpfungen sowie die Wahrnehmung eines Ortes als ‚sicher‘ (AGER u. STRANG 2008, S. 184). Letztere entsteht durch Erfahrungen, die Geflüchtete vor Ort – also während der Unterbringung als Asylbewerber – machen (STEWART 2011, S. 26). Geborgenheit und Sicherheit stehen dabei in engen Wechselwirkungen mit sozialen Bindungen (*Social Connection*).

In Bezug auf soziale Bindungen unterscheiden AGER und STRANG in Anlehnung an PUTNAMs Diskussionen über Sozialkapital (1993) *Social Bonds*, *Social Bridges* und *Social Links*.

Beziehungen zu Familienmitgliedern, ethnischen, nationalen oder religiösen Gemeinschaften (*Social Bonds*) ermöglichen das Teilen kultureller und sozialer Praktiken und das Aufrechterhalten familiärer Beziehungsmuster (AGER u. STRANG 2008, S. 178). Daneben können diese Netzwerke insbesondere dafür genutzt werden, Kontakte zu knüpfen und Hilfe, Informationen und Unterstützung bei der Verarbeitung traumatischer Erfahrungen sowie beim Zurechtfinden im neuen

Umfeld zu erhalten (SIMICH et al. 2002; SCHECH u. RAINBIRD 2013). Abhängig von der Migrationsgeschichte des Ortes fehlen diese ethnischen Gemeinschaften in ländlichen Räumen häufig bzw. sind zahlenmäßig sehr klein, wodurch migrantische Selbstorganisation erschwert werden kann (HUGO 2008, S. 568; KIRCHHOFF et al. 2011, S. 299). Dies kann dazu führen, dass Geflüchtete ein Gefühl sozialer Isolation erleben (SIMICH et al. 2002, S. 604), im öffentlichen Raum aufgrund ihres Aussehens oder ihres Kleidungsstils besonders ‚sichtbar‘ sind (NETTO 2011, S. 290) oder diskriminiert werden und sich in der Folge dazu entscheiden, diese Orte zu verlassen (STEWART u. SHAFFER 2015, S. 81). Intra-ethnische Konflikte, der Wunsch nach Privatsphäre oder nach verstärktem Kontakt zur Lokalbevölkerung kann aber auch bewirken, dass Geflüchtete soziale Nähe zu ethnischen Gemeinschaften bewusst vermeiden wollen (SCHECH 2014, S. 605; STEWART u. SHAFFER 2015, S. 18).

Beziehungen zur Lokalbevölkerung (*Social Bridges*) werden für die Integration ebenfalls als wichtig erachtet. AGER und STRANG (2008) stellen insbesondere die Freundlichkeit der Lokalbevölkerung in täglichen Interaktionen mit Geflüchteten und gesellschaftliche Partizipation in den Bereichen Sport, Religion, Vereinswesen oder Politik heraus (ebd., S. 179 f.). Vor dem Hintergrund einer oft nicht vorhandenen oder zahlenmäßig sehr kleinen ethnischen Gemeinschaft sind Geflüchtete auf dem Land relativ stärker darauf angewiesen, Kontakte zur Lokalbevölkerung aufzubauen, um Zugang zu Arbeit, Wohnraum, Bildung und Gesundheitsinfrastruktur zu bekommen (DE LIMA et al. 2012, S. 84; SCHECH u. RAINBIRD 2013, S. 110). Unterstützung erhalten Geflüchtete besonders durch ehrenamtlich Aktive, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, d.h. durch zivilgesellschaftliche bzw. intermediäre Akteure (KIRCHHOFF et al. 2011; DE LIMA et al. 2012; MCAREAVEY 2012). Daneben wird Vereinen bei der Integration eine wichtige Rolle beigemessen, da diese in ländlichen Räumen das soziale Zusammenleben häufig stark prägen (KIRCHHOFF et al. 2011, S. 299; ROOS

2016, S. 426). Herausforderungen für die Etablierung von *Social Bridges* können sich dann ergeben, wenn Mitglieder der Lokalbevölkerung in der Vergangenheit wenig Erfahrungen mit ‚dem Anderen‘ gemacht haben (GLORIUS 2017) und/oder den Zuzug von Geflüchteten als Bedrohung für den Arbeitsplatz, die ‚ländliche Idylle‘, kulturelle Traditionen und die eigene Identität wahrnehmen (HUBBARD 2005; CONNOR 2007, S. 85).

Ein letzter Aspekt umfasst schließlich Verbindungen zwischen Geflüchteten und staatlichen Strukturen (*Social Links*) und bezieht sich auf die Fähigkeit der öffentlichen Verwaltung, auf die speziellen Bedürfnisse der Geflüchteten einzugehen und ihnen Zugang zu bestimmten Dienstleistungen zu gewähren (AGER u. STRANG 2008, S. 181). Lokalen Verwaltungen in ländlichen Räumen wird hier häufig eine fehlende institutionelle Kapazität zugeschrieben (MCAREAVEY 2012, S. 502): Ihnen fehle das Wissen über die Ansprüche und Rechte unterschiedlicher Migrantengruppen und sie besäßen nur geringe interkulturelle Erfahrungen und sprachliche Kompetenzen im Umgang mit ethnischer Diversität. Gleichzeitig sind ihre Handlungsspielräume durch fehlende Humanressourcen und begrenzte kommunale Finanzmittel oft stark eingeschränkt (KIRCHHOFF et al. 2011, S. 298; DE LIMA et al. 2012, S. 86).

Zusammenfassend lässt sich aus der Analyse der Schlüsselkomponenten für Integration folgendes Fazit ziehen: Ländliche Räume besitzen bezogen auf die verschiedenen Komponenten heterogene Voraussetzungen. Die Entscheidung anerkannter Flüchtlinge über *staying put* in ländlichen Räumen oder *onward migration* lässt sich daher nur mithilfe lokal-regionaler Fallstudien beantworten, die zudem die Wechselwirkungen zwischen den Komponenten berücksichtigen. Die vorliegende empirische Studie fokussiert demzufolge zum einen Migrationsmuster anerkannter Flüchtlinge in ländlichen Räumen und Erklärungsansätze für die Wohnstandortentscheidung. Zum anderen wird die Unterstützung der Geflüchteten durch lokale Akteure in Bezug auf

die Integrationskomponenten Wohnraum (*Housing*) und Wohnumfeld (*Social Connection*) betrachtet, welche direkt oder indirekt Einfluss auf die Wohnstandortmobilität anerkannter Flüchtlinge haben kann. Damit trägt der Artikel zu einem besseren Verständnis der strukturellen Rahmenbedingungen für Wohnstandortentscheidungen anerkannter Flüchtlinge in ländlichen Räumen bei.

Forschungsdesign, methodischer Ansatz und das Untersuchungsgebiet Bayerischer Wald

Die nachfolgend vorgestellten empirischen Ergebnisse basieren auf einem seit 2016 von der Staedler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt mit dem Titel „Gekommen, um zu bleiben! Wohnstandortentscheidungen anerkannter Flüchtlinge im ländlichen Raum Niederbayerns – eine retrospektive Analyse“. Mithilfe leitfadengestützter Experteninterviews wurden in zwei bayerischen Landkreisen (Freyung-Grafenau und Regen) in einem ersten Schritt Migrationsmuster anerkannter Flüchtlinge identifiziert und die Unterstützung der Geflüchteten durch lokale Akteure eruiert. In einem zweiten Schritt wurden anerkannte Flüchtlinge mithilfe quantitativer und qualitativer Methoden retrospektiv darüber befragt, warum sie sich dazu entschieden haben, nach der Anerkennung vor Ort wohnen zu bleiben. Insgesamt wurden zwischen April 2014 und Februar 2017 31 Experteninterviews mit 45 lokalen Akteuren, die in engem Kontakt mit Geflüchteten stehen, 171 standardisierte face-to-face-Befragungen mit anerkannten Flüchtlingen, sowie *Mobility Mapping* bzw. *Dream Mapping* mit 47 respektive 74 Geflüchteten durchgeführt.

Um die Rahmenbedingungen, innerhalb derer die anerkannten Flüchtlinge ihre Entscheidung über den Wohnstandort getroffen haben, zu verstehen, werden in diesem Artikel zunächst die Ergebnisse der Experteninterviews vorgestellt. Die Interviews wurden in deutscher oder englischer Sprache mit Vertretern aus den Bereichen Politik und Verwaltung (Landratsämter und kreisangehörige

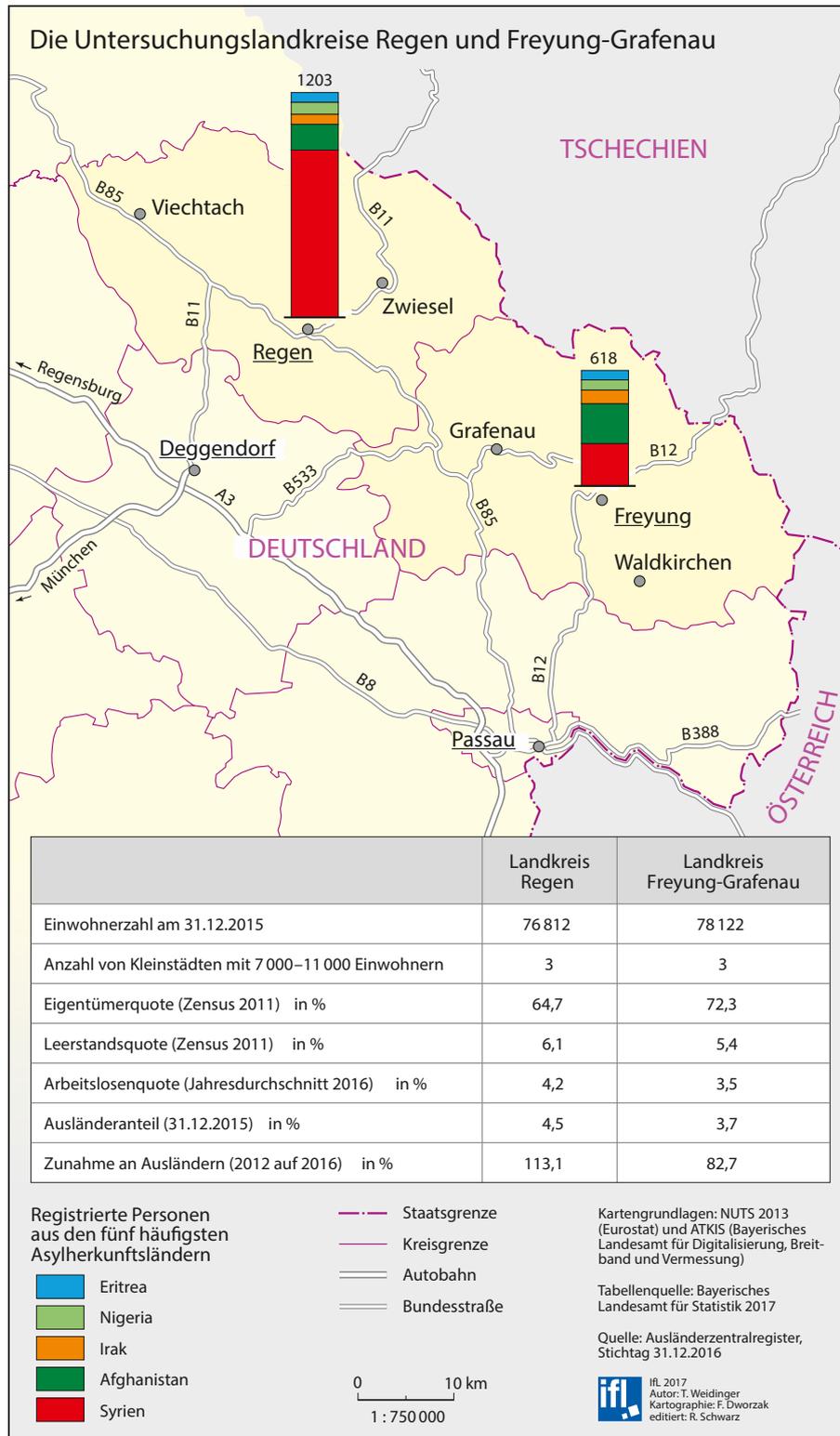
Gemeinden, Jobcenter und Sprachkursanbieter, Betreiber von Unterkünften für Asylbewerber, insg. 15 Personen) sowie Ehrenamt und Sozialem (Helferkreise in den kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen, Caritas-Kreisverbände und einem migrantischen Verein, insg. 30 Personen) geführt und dauerten zwischen 30 und 135 Minuten. Darin wurden die Aufnahme der Geflüchteten in den Landkreisen bzw. Kommunen der Landkreise und die Reaktionen lokaler Akteure (Widerstand vs. Willkommenskultur), der Lebensalltag der Geflüchteten sowie deren Wohnstandortmobilität (nach der Anerkennung) thematisiert. Die Interviews wurden aufgezeichnet, transkribiert und mithilfe der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

Als Untersuchungsgebiet dienten die beiden im Bayerischen Wald an der Grenze zu Österreich und der Tschechischen Republik gelegenen Landkreise Regen (REG) und Freyung-Grafenau (FRG) (siehe Karte 2). In der Typisierung ländlicher Räume des Thünen-Instituts (nach den Dimensionen Ländlichkeit und sozio-ökonomische Lage, KÜPPER 2016) werden sie als sehr ländlich und mit weniger guten sozio-ökonomischen Strukturmerkmalen charakterisiert. Ausgewählt wurden die beiden Landkreise aufgrund ihrer ähnlichen strukturellen Merkmale in Bezug auf Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur sowie Wohnungs- und Arbeitsmarkt (vgl. Karte 2).

Die beiden Landkreise besitzen in etwa die gleiche Einwohnerzahl und sind durch jeweils drei Kleinstädte geprägt, in denen für Geflüchtete wichtige Einrichtungen gebündelt sind (z. B. Landratsamt, Jobcenter, Caritas, Bildungsinfrastrukturen). In Bezug auf den Wohnungsmarkt sind hohe Eigentümerquoten kennzeichnend, wobei FRG den höchsten Wert in ganz Bayern einnimmt. Diese bedingen eine geringe Verfügbarkeit an Mietwohnungen, während gleichzeitig die Leerstandsquoten mit zu den höchsten in Bayern zählen. REG und FRG weisen zudem eine Arbeitslosenquote auf, welche dem bayerischen Durchschnitt von 3,5 % entspricht bzw. etwas darüber liegt (Arbeitsmarktstatistik

der Bundesagentur für Arbeit, BAYERISCHES LANDESAMT FÜR STATISTIK 2017). Vor dem Hintergrund eines Fachkräftes- und Lehrlingsmangels haben beide Landkreise begonnen, den Zuzug von nationalen und internationalen Arbeitskräften zu forcieren und werben für die beiden Bayerwald-Landkreise als Arbeits- und Wohnort (ADAM 2014). Trotz ihrer Grenzlage weisen REG und FRG einen niedrigen Ausländeranteil von unter 5 % auf, womit sie zu den 15 Landkreisen in Bayern mit den geringsten Ausländerzahlen gehören (bei 96 Landkreisen und kreisfreien Städten). Die Zahl der Ausländer hat sich jedoch zwischen 2012 und 2016 sowohl in REG als auch in FRG verdoppelt, was auf Zuwanderung von Arbeitnehmern aus dem EU-Ausland (insb. Polen, Rumänien, Ungarn, Tschechische Republik) einerseits und – vorwiegend männlichen – Geflüchteten (insb. aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Nigeria, Syrien) andererseits zurückgeführt werden kann (vgl. Karte 2). Staatsbürger aus der benachbarten Tschechischen Republik stellten bis 2015 in beiden Landkreisen die wichtigste Ausländergruppe dar. Ende 2016 wurden sie in Regen von Staatsbürgern aus Syrien abgelöst.

Entsprechend der Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl) muss der Regierungsbezirk Niederbayern 9,5 % aller Bayern zugewiesenen Asylbewerber aufnehmen. Die Landkreise Regen und Freyung-Grafenau müssen dabei 6,4 % bzw. 6,5 % der dem Regierungsbezirk Niederbayern zugeteilten Asylbewerber unterbringen. Um diese Quote zu erfüllen, wurde bis 2014 in beiden Landkreisen je eine staatlich betriebene Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber vorgehalten (Böbrach für REG und Grafenau für FRG). Vor dem Hintergrund erhöhter Zugangszahlen im Herbst 2015 wurden zusätzlich Außenstellen der Erstaufnahmeeinrichtung des Regierungsbezirks Niederbayern, staatlich betriebene Gemeinschaftsunterkünfte, dezentrale, d.h. durch den Landkreis bereitgestellte Unterkünfte sowie zeitweise auch Notunterkünfte benötigt. Dabei wurden häufig ehemalige Gasthäuser



Karte 2: Die Untersuchungslandkreise Regen und Freyung-Grafenau

und Pensionen genutzt, die im Zuge des Strukturwandels im Tourismus und veränderten Nutzerpräferenzen aus dem Markt ausgeschieden sind. Dort wo im Vergleich zur Einwohnerzahl besonders

große Asylbewerberunterkünfte geplant wurden, gab es auf lokaler Ebene Widerstand, z. B. in Form von offenen Briefen, Petitionen oder Klagen der Anwohner (Löw 2014; LUKASCHIK 2015, 2016).

Empirische Ergebnisse

Migrationsmuster anerkannter Flüchtlinge im Bayerischen Wald

Aus den Experteninterviews lassen sich für anerkannte Flüchtlinge in den beiden Landkreisen vier verschiedene Migrationsmuster bestimmen, die bisherige Studien über Bleiben (*staying put*) und Weiterwandern (*onward migration*) grundsätzlich bestätigen. Dabei differenziert sich *onward migration* jedoch in unterschiedliche Mobilitätsformen aus, die bisher in dieser Form noch nicht systematisiert dargestellt wurden.

Typ A: Land-Stadt-Wanderung

Die befragten Experten bestätigen die bereits in der Literatur belegte Land-Stadt-Wanderung anerkannter Flüchtlinge. Als Gründe für *onward migration* in die Städte führen die lokalen Akteure Nähe zu Familie und Verwandten sowie ethnische Netzwerke an, die vor allem in den Ballungsgebieten verortet sind. Neben nahe gelegenen Großstädten wie München oder Nürnberg wird dabei vor allem die Attraktivität des Ruhrgebiets herausgestellt:

„Das ist halt dieses Ruhrgebiet mit dieser riesigen Struktur. Das scheint ein unendlicher Anziehungspunkt zu sein, vor allem auch, weil eben da schon syrische oder sonstige Gruppen existieren, die dann bereits auch organisiert haben, Wohnungen anzubieten.“ (Ehrenamtliche aus einer Landgemeinde, 65, 07/2016)

Pull-Faktoren sind zudem Beschäftigungs-, Studien- und Freizeitmöglichkeiten in den Städten – gerade für junge anerkannte Flüchtlinge. Die Erwartungen an Städte sind dabei stark von Informationen aus den Medien sowie Vorstellungen bzw. Erfahrungen aus den Herkunftsländern geprägt (vgl. ADEN et al. 2007). So stammten aus Sicht der Experten viele derer, die weggezogen sind, aus städtischen Gebieten und lebten vorher beispielsweise in syrischen Großstädten wie Aleppo oder Damaskus. Ein weiterer

Grund für den Wegzug nach der Anerkennung liegt für die Akteure in fehlender sozialer Integration während der Asylverfahren begründet (vgl. VALENTA u. BUNAR 2010, S. 475).

Typ B: Rückwanderung in ländliche Räume

Die Befragungen zeigen aber auch, dass ein Teil der Abgewanderten nach wenigen Wochen wieder in die Untersuchungslandkreise zurückkehrt. Dabei betonen die Experten für Rückwanderung in ländliche Räume folgende Gründe: Erstens, im weiteren Sinn rechtliche Aspekte, d.h. fehlende Akzeptanz des Zuzugs durch die beteiligten Behörden (Jobcenter, Meldeämter), insbesondere vor dem Hintergrund der Wohnsitzauflage auf Landesebene für die Flüchtlinge, die nach dem 1.1.2016 ihren Aufenthaltstitel erhalten haben⁷. Zweitens, die Schwierigkeit der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche in den Städten bzw. die mangelnde Verfügbarkeit von Plätzen in Sprach- oder Integrationskursen. Drittens, die Enttäuschung über die geringe Unterstützung durch Angehörige und ethnische Netzwerke sowie wenig Kontaktmöglichkeiten zu Deutschen. Als pull-Faktoren für *onward migration* zurück in ländliche Räume führten Experten daher die Begleitung und Unterstützung durch ehrenamtliche Helfer und die bürgernahe, kommunale Verwaltung auf dem Land an:

„Wir hatten auch schon eine syrische Familie, die war vorher in Passau, ist aber jetzt wieder zurückgegangen, weil natürlich Begleitung und Unterstützung im Helferkreis, auch mit Verwaltung, da ganz anders aufgestellt ist, von der Beratung her.“ (Bürgermeister einer Marktgemeinde, 55, 6/2016)

Typ C: Zuwanderung in ländliche Räume

Als drittes Migrationsphänomen identifizieren Experten Zuwanderung von außen über Landkreisgrenzen hinweg vor allem in die relativ gut erreichbaren Kleinstädte. Dabei dienten bereits vor Ort lebende Flüchtlinge als ‚Magnet‘ für weitere Migration von Verwandten oder Freunden (vgl. auch Typ D). Daneben spielte in der Vergangenheit auch noch die Verfügbarkeit von Wohnraum, d.h. Leerstände, eine Rolle für den Zuzug, wie ein ehemaliger Mitarbeiter der Caritas (63, 7/2016) in diesem Zitat betont:

„Und es gibt auch einige Familien, die von außen (Oberbayern, Anm. TW) [...] zugezogen sind nach Regen, auch in den ländlichen Bereich, weil es hier Wohnungen gab. Also das war vor so zwei Jahren noch ein Trend gewesen. Inzwischen dürfte es hier bei uns auch anders aussehen.“

Typ D: Rural staying

Daneben bleibt eine Vielzahl an anerkannten Flüchtlingen im Untersuchungsgebiet wohnen (*rural staying*). Als Gründe führen die Experten an, dass Flüchtlinge zum einen von negativen Erfahrungen bereits Weggezogener (vgl. Typ A bzw. B) gehört haben. Zum anderen haben sie insbesondere durch Ehrenamtliche verlässliche soziale Unterstützung erfahren und mit der Zeit auch emotionale und kognitive Verbindungen zum Ort bzw. zur Region aufgebaut. Ländliche Räume werden aus Sicht der Akteure von Flüchtlingen auch mit hoher Lebensqualität besonders für Familien verbunden. Neben Ruhe wird besonders das sichere Wohnumfeld hervorgehoben, dass es beispielsweise ermöglicht, Kinder alleine zur Schule zu schicken (vgl. auch STENBACKA 2012, S. 60 für Schweden). Gleichzeitig bieten die vergleichsweise kleinen Schulen die Möglichkeit einer intensiveren Betreuung und Förderung der Kinder, ein Faktor der insbesondere für die Eltern einen wichtigen Bleibegrund darstellt (vgl. STEWART u. SHAFFER 2015, S. 53 f.). Nicht zuletzt wird auch die Herkunft aus ländlichen Gebieten als Grund genannt,

warum Geflüchtete in der Region wohnen bleiben (vgl. WEINE et al. 2011, S. 38 für USA). Anerkannte Flüchtlinge, die z. B. auf Familiennachzug warten oder noch keine ‚passende‘ Wohnung gefunden haben, schieben die Entscheidung über die zukünftige Wohnstandortmobilität aktuell häufig noch auf und bleiben stattdessen als ‚Fehlbeleger‘⁸ vorerst in den Asylunterkünften in der Region wohnen.

Innerhalb des Untersuchungsgebiets lassen sich aus Sicht der Experten jedoch Wanderungsprozesse hin zu den sechs Kleinstädten in den Landkreisen feststellen:

„Die, die in Viechtach in die Berufsschule gehen, [...] die haben natürlich gesagt, sie möchten in Viechtach sein. Die, die in Regen Kurse gemacht haben, die wollten halt in Regen oder Zwiesel sein, weil da haben sie den Bahnanschluss Richtung Deggendorf. Vielleicht für die Zukunft, wenn sie in Deggendorf dann mal auf die FH gehen möchten. [...]. In Regen ist das Landratsamt, in Viechtach oder Zwiesel ist das Jobcenter und das ist halt auch wichtig – sie müssen immer wieder hin –, dass sie das gut erreichen können. Von S. (Landgemeinde, anonymisiert, Anm. TW) aus, wenn sie einen Termin haben, dann ist das ein Tagesprogramm!“ (Mitarbeiterin Gemeindeverwaltung/Ehrenamtliche aus einer Landgemeinde, 55, 07/2016)

Im Gegensatz zu den Landgemeinden sind die Kleinstädte durch eine relativ bessere ÖPNV-Anbindung mit Bus und/oder Zug, kurze Wege und die Nähe zu wichtigen Institutionen wie Landratsamt, Caritas, Jobcenter, Schulen oder Anbietern von Sprachkursen gekennzeichnet. Aus Sicht der befragten Expertin antizipieren anerkannte Flüchtlinge dabei auch zukünftige Ausbildungsmöglichkeiten z. B. an Hochschulen.

⁷ Auf Grundlage der im bundesweiten Integrationsgesetz beschlossenen Änderung von §12a Abs. 9 AufenthG hat die Bayerische Staatsregierung am 16. August 2016 eine dreijährige Wohnsitzzuweisung für anerkannte Flüchtlinge erlassen. Dazu wurde der bisher nur für Asylbewerber geltende regionale Verteilungsschlüssel auf anerkannte Flüchtlinge ausgeweitet (vgl. §8 DVAsyl), sodass der Wohnsitz anerkannter Flüchtlinge künftig bis auf Ebene der Regierungsbezirke und Landkreise bzw. kreisfreien Städte vorgeschrieben werden kann.

⁸ Mit dem Begriff Fehlbeleger werden Personen bezeichnet, die aufgrund ihrer Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen die Asylunterkünfte eigentlich verlassen müssten, jedoch aus unterschiedlichen Gründen (z. B. fehlende Verfügbarkeit von privatem Wohnraum) dort wohnen bleiben (WEBER 2016: 35).

Unterstützung lokaler Akteure in Bezug auf Wohnraum und soziales Wohnumfeld

Lokalen Akteuren aus Verwaltung, Politik, dem Bildungssektor und der Zivilgesellschaft kommt bei der Wohnstandortentscheidung anerkannter Flüchtlinge zugunsten ländlicher Räume (Typen B, C und D) eine wesentliche Rolle zu. Dies zeigt sich zuerst einmal ganz plakativ darin, dass sie Geflüchteten aktiv dazu raten, vorübergehend auf dem Land wohnen zu bleiben. Dabei greifen die verschiedenen Akteure in den beiden Untersuchungslandkreisen auch auf die im Kapitel ‚Staatliche Regulierungspolitiken‘ genannten Begründungs- und Legitimierungsmuster für dezentrale Verteilung, d.h. bessere Integrationsmöglichkeiten auf dem Land, zurück:

„Wir sagen immer: Hier erst Deutsch lernen und einen Integrationskurs machen. Das kann man hier, hier ist man auch gut aufgehoben. Das wollen viele nicht so wahrhaben!“ (Mitarbeiterin Caritas, 52, 7/2016)

„Wobei wir immer wieder sagen, seid froh, dass ihr nach U. (Landgemeinde, anonymisiert, Anm. TW) kommt, bleibt für ein Jahr oder vielleicht zwei Jahre da und dann könnt ihr euch überlegen, ob ihr weggehen wollt. Weil es gibt nichts Besseres als U.“ (Ehrenamtlicher aus einer Landgemeinde, 64, 07/2016)

Daneben leisten lokale Akteure wie Unterkunftsbetreiber, Vermieter, Arbeitgeber, ehrenamtlich tätige Personen und Mitarbeiter in Wohlfahrtsverbänden, Politiker und Verwaltungsangestellte auch konkret Unterstützung bezogen auf die Schlüsselkomponenten Wohnraum (*Housing*) und soziales Wohnumfeld (*Social Connection*).

Zugang zu Wohnraum: Strategien und Akteure

Staatliche und private Unterkunftsbetreiber lassen Flüchtlinge nach der Anerkennung zum einen als ‚Fehlbeleger‘ weiter in den Asylunterkünften wohnen und geben ihnen eigene Mietverträge. Daneben

werden auch ganze Unterkünfte in permanenten Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge umgewidmet und machen somit die Wohnungssuche für anerkannte Flüchtlinge obsolet. Dies kommt Geflüchteten aus Sicht der Experten entgegen, da sie bereits vielfältige soziale Kontakte innerhalb und außerhalb der Unterkunft aufgebaut haben (vgl. WERNESJÖ 2013, S. 457 f.). Daneben konnten auch Arbeitgeber z. B. in der Baubranche identifiziert werden, die ihren neuen Mitarbeitern Wohnraum zur Verfügung stellen. Nicht zuletzt vereinbaren private Vermieter, d.h. Betreiber von Hotels, die aus dem Markt ausgeschieden sind, mit denjenigen, die aus den Asylunterkünften ausziehen müssen und noch unentschieden über den Wohnstandort sind, monatlich kündbare Mietverträge für Einzelapartments. Der letztgenannte Aspekt bestätigt Ergebnisse einer in Großbritannien durchgeführten Studie von PHILLIPS (2006), wonach Wohn Erfahrungen von Geflüchteten sich in den ersten Jahren häufig durch eine große Instabilität auszeichnen – bedingt durch Unsicherheit über Familiennachzug oder Änderungen im Aufenthaltsstatus.

Eine wesentliche Rolle spielen neben Unterkunftsbetreibern und Vermietern insbesondere ehrenamtlich tätige Personen. Befragte betonten in den Interviews die Notwendigkeit, sich bei der Wohnungssuche zu kümmern, da es für Geflüchtete aufgrund der Sprachbarriere sehr schwer sei, geeigneten Wohnraum vor Ort zu finden bzw. diesen ohne Unterstützung (dann auch) mieten zu können. Viele Ehrenamtliche setzen dazu gezielt ihre eigenen sozialen Netzwerke in Wert. Sie werden häufig gemeinsam mit den Geflüchteten bei den Vermietern vorstellig und erklären sich bereit, als Ansprechpartner bei Problemen zu dienen, um Vermietern bestehende Ängste zu nehmen. Sie helfen des Weiteren auch bei der Renovierung oder Möblierung der Wohnungen. Eine Ehrenamtliche aus einer der Kleinstädte (67, 7/2016) bestätigt die genannten Aspekte und ergänzt die Bedeutung eines PKWs für den Wohnbezugs:

„Sie müssen ganz, ganz viele Kontakte haben. Wenn man die nicht hat, wenn man keine Beziehungen hat, dann können sie für die Jungs nichts erreichen. Also ich habe Gott sei Dank gute Beziehungen. Ich gehe zu einem politisch sehr wichtigen Menschen. [...] Auf diese Art und Weise ist jetzt fest gemacht, der [ein anerkannter Flüchtling, Anm. TW] kriegt jetzt eine kleine Wohnung! [...] Ein anderer ist jetzt hier, der seine Wohnung hat und seine Frau kommt dann jetzt nach über einem Jahr Trennung aus der Türkei. Mit dem fahr ich jetzt zum Schierer [lokales Baufachgeschäft, Anm. TW] und hole diese ganz schweren Farbeimer und Tapeten und so. Da brauchen sie ein Auto definitiv!“

Nicht zuletzt haben auch Politiker und Verwaltungsangestellte in Kommunen und Landkreisen eine große Bedeutung bei der Suche nach Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge. Dabei unterscheiden sich kommunale Aktivitäten sehr stark: Fehlende Personalressourcen, unklare Zuständigkeiten und mangelnde Erfahrungen im Umgang mit der Bereitstellung von Wohnraum für soziale Zwecke oder Obdachlose sind charakteristisch für kleine Kommunen. Zudem spielen Einstellungen der Lokalpolitiker und kommunalen Verwaltungen eine Rolle. Während sich einige Kommunen auf Pflichtaufgaben fokussieren und die Wohnungssuche vollständig den Ehrenamtlichen überlassen, gibt es andere Kommunen, die dem Problem der Wohnungssuche aktiv begegnen und anerkannte Flüchtlinge oder Ehrenamtliche bei der Wohnungssuche gezielt unterstützen. Diese Unterstützung reicht von der Benennung von Ansprechpartnern in den Kommunalverwaltungen, die unter Rückgriff auf bestehende Leerstandanalysen oder Pressemeldungen nach geeignetem Wohnraum suchen und potenzielle Vermieter ansprechen, Wohnungsbörsen betreuen oder regelmäßig Sprechstunden für Wohnungssuchende anbieten, bis hin zur Anmietung von Gebäuden durch die Kommune selbst. Die

Gebäude werden dann durch den örtlichen Bauhof umgebaut oder möbliert und an anerkannte Flüchtlinge untervermietet. Die Kommune nimmt dabei eine Mittlerfunktion zwischen Mieter und Vermieter ein, um Vorbehalten von Vermietern entgegenzuwirken.

Unterstützung in Bezug auf soziales Wohnumfeld

Bereits unmittelbar nach der Ankunft in ländlichen Räumen bietet das Wohnumfeld „sowohl Möglichkeiten der sozialen Einbindung [...] als auch häufig persönliche Hilfs- und Unterstützungsangebote“ (Roos 2016, S. 426). Beide Aspekte nehmen vor dem Hintergrund von überstürzter Flucht und Vertreibung aus dem Herkunftsland einhergehend mit der Trennung von Familie und Freunden nach der Ankunft im Gastgeberland eine wichtige Rolle ein (NETTO 2011, S. 293). Annäherungen im Sozialen werden dabei in der Untersuchungsregion vorwiegend durch ehrenamtlich tätige Personen aus der Lokalbevölkerung initiiert, die aufgrund des Eintritts in den Ruhestand nach neuen Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten suchen oder aufgrund ihrer eigenen Migrationsbiographie, d.h. dem Zuzug aus anderen Teilen Bayerns und Deutschlands, Erfahrungen des ‚Fremd-Seins‘ auf dem Land gemacht haben. Neben individueller Unterstützung beim Zurechtfinden vor Ort, z. B. als Wohnungspaten, bieten Ehrenamtliche zahlreiche Deutschkurse oder Ausflüge an und versuchen weitere Kontakte zur Lokalbevölkerung herzustellen (*Social Bridges*). Niederschweligen Interaktionsmöglichkeiten auf Gemeinde-, Vereins- oder kirchlichen Festen kommt hierbei aus Sicht der Befragten eine große Bedeutung zu. Geflüchtete werden gesondert eingeladen oder von Ehrenamtlichen dorthin begleitet. Daneben werden interessierte Personen an Sportvereine und musikalische oder kulturelle Gruppen (z. B. Chöre/Bands, Schach-, Jugendclubs, Mutter-Kind-Gruppen) vermittelt. Zusätzlich werden in Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und kommunalen Akteuren neue, teils regelmäßig

stattfindende Veranstaltungen, wie z. B. Asylcafés, Spielenachmittage oder interkulturelle Feiern, etabliert (vgl. Abb. 3), wie folgendes Beispiel unterstreicht:

„Ich habe mir eben gedacht, du kannst nicht zuschauen, wie die da in ihrem Quartier [der Unterkunft, Anm. TW] drinsitzen. Und alle Leute machen einen großen Bogen, gehen vorbei. Und sie [die Geflüchteten, Anm. TW] trauen sich nicht heraus aus ihrem Haus. Da kommt kein Kontakt zustande. [...] Also habe ich dann ein Flüchtlingscafé angelegt, an Samstagen alle vierzehn Tage. Da sind dann auch ganz schön Leute gekommen, also von den Einheimischen so acht bis zehn und von den Flüchtlingen nicht alle, aber doch der größere Teil.“ (Ehrenamtlicher aus einer Landgemeinde, 73, 7/2016)

Während der laufenden Asylverfahren werden mithilfe dieser Unterstützungsmaßnahmen Netzwerke und Verbindungen zur Region aufgebaut, die dazu beitragen können, dass sich Geflüchtete dazu entscheiden, nach der Anerkennung vor Ort wohnen zu bleiben (WEIDINGER u. KORDEL 2016).

Daneben bieten Unterkunftsbetreiber, Vermieter, Arbeitskollegen und wiederum Ehrenamtliche auch Fahrdienste zu Behörden und Ämtern, Supermärkten, Ärzten und Krankenhäusern sowie Arbeits- oder Praktikumsplätzen. Diese verbessern die räumliche Mobilität und damit auch den Zugang zu bestimmten Infrastrukturen und ermöglichen Geflüchteten beispielsweise auch die Teilnahme an wöchentlich stattfindenden Gottesdiensten in der 40 Kilometer entfernten orthodoxen Kirche. Räumliche Mobilität trägt schließlich zur Pflege von *Social Bonds* bei. Für Muslime wurde durch anerkannte Flüchtlinge 2016 zusätzlich eine wohnstandortnahe Möglichkeit geschaffen, kulturelle und religiöse Praktiken mit der *Community* zu teilen. Mit Unterstützung des Rathauses und eines bestehenden Moscheevereins in Passau wurde in der Kreisstadt Regen durch anerkannte

Flüchtlinge ein Deutsch-Arabischer Kulturverein gegründet:

„So we started by the help of the Muslim people in Passau [...], the people that are in charge in the Deutsch-Islamic Organization in Passau. The Imam came with some of the translators and they advised us, what are the steps we have to do to start going on with our Gebetsraum.“ (Ehrenamtliche aus der Kleinstadt Regen, 40, 1/2017)

In einem ehemaligen Kaufhaus in der Nähe des Stadtplatzes von Regen finden nun nicht nur Freitagsgebete, sondern auch Koranunterricht sowie Arabisch- bzw. Deutschkurse für Kinder und Frauen statt. Zusätzlich etablierten sich in der Kreisstadt Regen zwei arabische Lebensmittelläden, wobei einer davon von einem anerkannten Flüchtling betrieben wird. Seit der Eröffnung dieser Läden können die Geflüchteten arabische Lebensmittel relativ wohnstandortnah einkaufen und müssen keine teuren und lange dauernden Einkaufsfahrten in die nächstgelegenen Mittel- und Großstädte durchführen. Gleichzeitig stellen die Geschäfte aus Sicht der befragten Akteure wichtige Orte der Kommunikation bzw. Treffpunkte dar. Darüber hinaus haben sich auch einige lokale Einzelhändler auf die veränderten Konsumpräferenzen eingestellt und bieten spezielle Lebensmittel an.

Ehrenamtliche aus der Lokalbevölkerung und der *Refugee Community* sowie lokale Verwaltungsangestellte mit entsprechender Sprachkompetenz unterstützen nicht zuletzt dabei, Sprachbarrieren im Alltag zu überwinden und Informationen an Geflüchtete zu kommunizieren. Indem sie beispielsweise als Übersetzungshilfen bei Behördengängen tätig sind oder für Eltern schulpflichtiger Kinder Elternbriefe ins Arabische übersetzen, werden *Social Links* vereinfacht.

Diskussion der Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Die hier vorgestellte Fallstudie zur Wohnstandortmobilität anerkannter Flüchtlinge in ländlichen Räumen bestätigt ein

Nebeneinander von Bleiben (*staying put*) und Weiterwandern (*onward migration*). Analysen von leitfadengestützten Experteninterviews mit lokalen Akteuren aus Politik und Verwaltung, Ehrenamt und Sozialem legen nahe, dass *onward migration* von anerkannten Flüchtlingen nicht – wie häufig angenommen und in bisherigen Studien belegt (z. B. ROBINSON u. HALE 1989) – permanente Abwanderung in die Städte bedeuten muss, sondern auch Rückwanderung und Zuwanderung in ländliche Räume umfassen kann. Darüber hinaus führen Besuche von Verwandten und Freunden zu Formen temporärer An- und Abwesenheit am Wohnort. Die Ergebnisse der Studie unterstreichen damit die Komplexität der Mobilitätsmuster anerkannter Flüchtlinge. Da auch für anerkannte Flüchtlinge trotz Zuerkennung des Flüchtlingsstatus häufig vielschichtige Unsicherheitsfaktoren weiterbestehen (z. B. Warten auf Familiennachzug, Arbeitsplatzsuche nach Abschluss des Sprach- und Integrationskurses, vgl. PHILLIPS 2006), hat ihre Wohnstandortentscheidung einen vorläufigen Charakter.

Um zu verstehen, welche Bedeutung die identifizierten, strukturellen Faktoren für die individuellen Lebenskontexte anerkannter Flüchtlinge haben, ist der Einbezug der Perspektiven der Geflüchteten selbst unabdingbar. Erst auf dieser Grundlage, ließe sich dann aus einer anwendungsorientierten Perspektive bewerten, inwiefern bestimmte Orte eine längerfristige Wohnperspektive für Geflüchtete bieten (können). Zukünftige Forschungsarbeiten sollten daher zum einen Wohnstandortkarrieren anerkannter Flüchtlinge mithilfe von Langzeitstudien sowohl innerhalb von Nationalstaaten als auch innerhalb der Europäischen Union untersuchen (vgl. Forderung von PHILLIPS 2006, S. 551, STEWART 2011, S. 46 und WEINE et al. 2011, S. 42) und zum anderen Effekte der Anfang 2016 in Deutschland eingeführten Wohnsitzauflage auf Landesebene evaluieren (vgl. Studie über Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes für (Spät-)Aussiedler von HAUG u. SAUER 2007). So ließe sich feststellen, ob und inwiefern dieses Instrument

staatlicher Regulierungspolitik Wirkung entfaltet bzw. welche Bedeutung diese für die individuelle Wohnstandortmobilität und die Integration anerkannter Flüchtlinge hat.

In Bezug auf die Integrationskomponenten Wohnraum und Wohnumfeld zeigte die Studie vielfältige Formen der Unterstützung durch lokale Akteure, wobei sich Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen und Landkreisen feststellen ließen. Diese lassen sich u.a. auf die Einstellung und das Handeln lokaler Eliten (z. B. Bürgermeister, Pfarrer, Vereinsvorsitzender oder wichtiger Arbeitgeber vor Ort) zurückführen (vgl. TILIA 2000, S. 84; KIRCHHOFF et al. 2011, S. 299; RADFORD 2016; im Kontext von Flüchtlingszuwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg, siehe CONNOR 2007, S. 61). Zugang zu Wohnraum ermöglichen dabei vor allem Ehrenamtliche, Mitarbeiter von Wohlfahrtsverbänden sowie aktive Kommunalverwaltungen (Bürgermeister, Verwaltungsangestellte). Dabei setzen sie gezielt soziale Netzwerke in Wert. Um sowohl Vorurteilen von Vermietern vorzubeugen (vgl. NIENABER & ROOS 2016), als auch die Bedürfnisse der Geflüchteten zu berücksichtigen, werden nicht zuletzt unkonventionelle Lösungen getroffen (z. B. Umwidmung von Asylunterkünften in permanenten Wohnraum, temporäre Mietverträge, Kommune als Mittler). Der Aufbau von *Social Bridges*, *Social Bonds* und *Social Links* trägt in der Phase des Ankommens und nach der Anerkennung zu vielfältigen Formen des Eingebundenseins bei. Während bisherige Studien in Städten vor allem Ehrenamtliche aus der Lokalbevölkerung als Unterstützer identifizierten (z. B. AUMÜLLER et al. 2015, STEINHILPER u. FLEISCHMANN 2016), konnte dieser Beitrag zeigen, dass auch Einzelpersonen aus der *Refugee Community* als neue Akteure wichtige Funktionen für das soziale Wohnumfeld einnehmen (z. B. Bereitstellung von Konsuminfrastruktur, Übersetzertätigkeiten bei Behördengängen).

Zukünftige Forschungsarbeiten sollten die Zusammenhänge zwischen Fluchtmigration und anderen Migrationsformen

thematisieren. Das Fallbeispiel Bayerischer Wald zeigt, dass sich besonders häufig diejenigen Personen ehrenamtlich engagieren, die selbst z. B. im Ruhestand in ländliche Räume gezogen sind und in der Vergangenheit Erfahrungen mit ‚Fremdsein auf dem Land‘ gemacht haben. Zum anderen wäre es wichtig, die alltäglichen Begegnungen zwischen Geflüchteten und der Lokalbevölkerung in den Fokus nehmen, um so soziale Annäherungsprozesse en détail zu analysieren. Einen Anknüpfungspunkt bietet hierzu die Arbeit von RADFORD (2016) über *everyday otherness* bzw. *everyday sameness* im ländlichen Australien.

Literatur

- ADAM, MICHAEL (2014): „Die Bayerischen Kommunen: Im Spagat zwischen Fachkräftebedarf und Asylpolitik? Der Landkreis Regen als Praxisbeispiel.“ Vortrag im Rahmen des Integrationstag 2014 des Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung in München. http://www.integrationsbeauftragter.bayern.de/imperia/md/content/stmas/integrationsbeauftragter/michaeladam_diebayerischenkommunenimspagatzwischenfachkraeftebedarfundasylpolitik.pdf, zuletzt aufgerufen am 02.03.2017.
- ADEN, H., K. RIVERS u. D. ROBINSON (2007): *The Housing Pathways of Somali New Immigrants in Sheffield*. Sheffield.
- AGER, A. u. A. STRANG (2008): *Understanding Integration: A Conceptual Framework*. In: *Journal of Refugee Studies* 21, H. 2, S. 166–191.
- ASYLUM INFORMATION DATABASE (AIDA) (2017): *Country Reports*. <http://www.asylumineurope.org/reports>, zuletzt aufgerufen am 14.07.2017.
- AUMÜLLER, J., P. DAPHI u. C. BIESENKAMP (2015): *Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und Zivilgesellschaftliches Engagement. Expertise gefördert und herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung*. Stuttgart.
- BAKKER, L., S. CHEUNG u. J. PHILLIMORE (2016): *The Asylum-Integration Paradox: Comparing Asylum Support*

- Systems and Refugee Integration in The Netherlands and the UK. In: *International Migration* 54, H. 4, S. 118–132.
- BAYERISCHES LANDESAMT FÜR STATISTIK (2017): GENESIS-Online Datenbank. <https://www.statistikdaten.bayern.de>, zuletzt aufgerufen am 01.02.2017.
- BECK, U. (1992): *Risk society: Towards a new modernity*. London.
- BOCK, B., G. OSTI u. F. VENTURA (2016): Rural Migration and New Patterns of Exclusion and Integration in Europe. In: Shucksmith, M. u. D. Brown (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*. Oxford, S. 71–84.
- BOSE, P. (2014): Refugees in Vermont: mobility and acculturation in a new immigrant destination. In: *Journal of Transport Geography* 36, S. 151–159.
- BOSWELL, C. (2003): Burden-Sharing in the European Union: Lessons from the German and UK Experience. In: *Journal of Refugee Studies* 16, H. 3, S. 316–335.
- BÖTTCHER, K. (2016): Integrationspotenziale und Ehrenamt in ländlichen Räumen. In: *KommunalPraxis: Fachzeitschrift für Verwaltung, Organisation und Recht* 2016, H. 3, S. 139–141.
- BRECKNER, I. (2014): Fluchtort Stadt: Flüchtlinge und Asylsuchende in urbanen Lebenswelten. In: Gig, F. u. M. Voges (Hrsg.): *Inklusion auf Raten: Zur Teilhabe von Flüchtlingen an Ausbildung und Arbeit. Bildung in Umbruchsgesellschaften* 10. Münster/New York, S. 80–91.
- BRUNNER, K.-M., G. JOST, u. M. LUEGER (1994): Zur Soziogenese von Akzeptanz und Integration: eine Gemeindestudie zur Beziehung zwischen Einheimischen und Flüchtlingen. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 23, H. 3, S. 315–329.
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2017): *Ausländerzentralregister. Aufhältige Ausländer zum Stichtag 31.12.2016*. Nürnberg.
- CASTLES, S., M. KORAC, E. VASTA u. S. VERTOVEC (2001): *Integration: Mapping the Field*. Report of a project carried out by the Centre for Migration and Policy Research and Refugee Studies Centre, University of Oxford. Oxford.
- CONNOR, I. (2007): *Refugees and expellees in post-war Germany*. Manchester.
- DAMM, A. (2004): Immigrants' location preferences: exploiting a natural experiment. Working paper 05–02. Aarhus.
- DAMM, A. u. M. ROSHOLM (2005): Employment effects of spatial dispersal of refugees. Working paper 3. Copenhagen.
- DEHNE, P. u. J. KNIELING (2016): Residenzpflicht für Flüchtlinge als Instrument der Raumordnung? *Nachrichten der ARL* 1/2016, S. 5–8.
- DE LIMA, P., P. PARRA u. M. PFEFFER (2012): Conceptualizing Contemporary Immigrant Integration in the Rural United States and United Kingdom. In: Shucksmith, M., D. Brown, S. Shortall, J. Vergunst u. M.E. Warner (Hrsg.): *Rural Transformations and Rural Policies in the US and UK*. Oxford, S. 79–99.
- EUROPEAN COMMISSION (2014): *The Organisation of Reception Facilities for Asylum Seekers in different Member States*. EMN Synthesis Report. Brussels.
- EUROSTAT (2017): *Asylum and first time asylum applicants – annual aggregated data (rounded)*. <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=en&pcode=tps00191>, zuletzt aufgerufen am 14.07.2017.
- EXNER, P. (1999): Integration oder Assimilation? Vertriebeneneingliederung und ländliche Gesellschaft – eine sozialgeschichtliche Mikrostudie am Beispiel westfälischer Landgemeinden. In: Hoffmann, D. u. M. Schwartz (Hrsg.): *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR*. München, S. 57–88.
- GILL, N., J. CALETRÍO u. V. MASON (2011): Introduction: Mobilities and Forced Migration. In: *Mobilities* 6, H. 3, S. 301–316.
- GLICK-SCHILLER, N. u. A. ÇAGLAR (2010): *Locating Migration: Rescaling Cities and Migrants*. Ithaca.
- GLORIUS, B. (2017): The challenge of diversity in rural regions: refugee reception in the German federal state of Saxony. In: *Hungarian Geographical Bulletin* 66, H. 2, S. 113–128.
- HALFACREE, K. u. M. RIVERA (2012): Moving to the Countryside...and Staying: Lives beyond Representations. In: *Sociologia Ruralis* 52, H. 1, S. 92–114.
- HAUG, S. u. L. SAUER (2007): *Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern: Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes*. Forschungsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge 3. Nürnberg.
- HUBBARD, P. (2005): ‚Inappropriate and incongruous‘: opposition to asylum centres in the English countryside. In: *Journal of Rural Studies* 21, S. 3–17.
- HUGO, G. (2008): Immigrant Settlement Outside of Australia's Capital Cities. In: *Population, Space and Place* 14, H. 6, S. 553–571.
- JACOBSEN, K. (2006): Refugees and Asylum Seekers in Urban Areas: A Livelihoods Perspective. In: *Journal of Refugee Studies* 19, H. 3, S. 273–286.
- KIRCHHOFF, G., H. LIEBMANN u. R. ZIMMER-HEGMANN (2011): *Kommunale Integrationsstrukturen im ländlichen Raum – Das Forschungs-Praxis-Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“*. In: *Migration und Soziale Arbeit* 2011, H. 4, S. 295–301.
- KÜPPER, P. (2016): *Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume*. Thünen Working Paper 68. Braunschweig.
- LARSEN, B. (2011): Drawing Back the Curtains: The Role of Domestic Space in the Social Inclusion and Exclusion of Refugees in Rural Denmark. In: *Social Analysis* 55, H. 2, S. 142–158.
- LINDLEY, A. u. N. VAN HEAR (2007): *New Europeans on the Move: A preliminary review of the onward migration of refugees within the European Union*. Working Paper 57. Oxford.
- LÖW, D. (2014): Lindberg: Bald mehr Asylbewerber als Bewohner? Bis zu 25 Asylbewerber sollen demnächst im 19 Einwohner-Dorf untergebracht werden. In: *Passauer Neue Presse* vom 10.06.2014.
- LUKASCHIK, M. (2015): Nun doch 120 Flüchtlinge im Regener Ortsteil Pöschetsried. In: *Passauer Neue Presse* vom 28.07.2015.

- LUKASCHIK, M. (2016): Asylbewerberheim: Gericht weist Klage gegen Genehmigung ab. In: Passauer Neue Presse vom 28.09.2016.
- MCAREAVEY, R. (2012): Resistance or Resilience? Tracking the Pathway of Recent Arrivals to a 'New' Rural Destination. In: *Sociologia Ruralis* 52, H. 4, S. 488–507.
- MCAREAVEY, R. (2016): Understanding the Association between Rural Ethnicity and Inequalities. In: Shucksmith, M. u. D. Brown (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*. Oxford, S. 477–494.
- MCDONALD, B., S. GIFFORD, K. WEBSTER, J. WISEMAN u. S. CASEY (2008): *Refugee Resettlement in Regional and Rural Victoria: Impacts and Policy Issues*. Victoria.
- NETTO, G. (2011): Strangers in the City. Addressing Challenges to the Protection, Housing and Settlement of Refugees. In: *International Journal of Housing Policy* 11, H. 3, S. 285–303.
- NIENABER, B. u. U. ROOS (2016): Globalising Rural Areas: International Migrants in Rural Germany. In: DOMÍNGUEZ-MUJICA, J. (Hrsg.): *Global Change and Human Mobility*. Singapore, S. 285–302.
- PHILLIPS, D. (2006): Moving Towards Integration: The Housing of Asylum Seekers and Refugees in Britain. *Housing Studies* 21, H. 4, S. 539–553.
- PUTNAM, R. (1993): The Prosperous Community: Social Capital and Public Life. In: *American Prospect* 13, S. 35–42.
- RADFORD, D. (2016): 'Everyday otherness' – intercultural refugee encounters and everyday multiculturalism in a South Australian rural town. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 42, H. 13, S. 1–18.
- ROBINSON, V. (1998): Defining and Measuring Successful Refugee Integration. In: *Proceedings of ECRE International Conference on Integration of Refugees in Europe*, Antwerp, November 1998. Brussels.
- ROBINSON, V. u. S. HALE (1989): The Geography of Vietnamese Secondary Migration in the UK. *Research Paper in Ethnic Relations* 10. Coventry.
- ROOS, U. (2016): Migration und Integration in ländlichen Räumen am Beispiel der saarländischen Kreisstadt Merzig: eine empirische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen und Sichtweisen von Personen mit Migrationshintergrund. Dissertation an der Universität des Saarlandes. Saarbrücken.
- ROSENBERGER, S. u. A. KÖNIG (2011): Welcoming the Unwelcome: The Politics of Minimum Reception Standards for Asylum Seekers in Austria. In: *Journal of Refugee Studies* 25, H. 4, S. 537–554.
- SCHECH, S. (2014): Silent Bargain or Rural Cosmopolitanism? Refugee Settlement in Regional Australia. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 40, H. 4, S. 601–618.
- SCHECH, S. u. S. RAINBIRD (2013): Negotiating integration. Refugees and asylum seekers in Australia and the UK. In: Steiner, N., R. Mason u. A. Hayes (Hrsg.): *Migration and Insecurity. Citizenship and Social Inclusion in a Transnational Era*. London, S. 108–126.
- SCHULZE, R. (1990): Zuwanderung und Modernisierung – Flüchtlinge und Vertriebene im ländlichen Raum. In: Bade, J. (Hrsg.): *Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler*. Münster, S. 81–105.
- SIMICH, L., M. BEISER u. F. MAWANI (2002): Paved with Good Intentions: Canada's Refugee Destining Policy and Paths of Secondary Migration. *Canadian Public Policy/Analyse de Politiques* 28, H. 4, S. 597–607.
- SPENCER, S. u. B. COOPER (2006): *Social Integration of Migrants in Europe: A Review of the European Literature 2000–2006*. Oxford.
- STEINHILPER, E. u. L. FLEISCHMANN (2016): Die Ambivalenzen eines neuen Dispositivs der Hilfe: zur Rolle der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen seit dem langen Sommer der Migration. In: *neue praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik Sonderheft* 13, S. 60–72.
- STENBACKA, S. (2012): "The Rural" Intervening in the Lives of Internal and International Migrants: Migrants, Biographies and Translocal Practices. In: Hedberg, C. u. R. do Carmo (Hrsg.): *Translocal Ruralism. Mobility and Connectivity in European Rural Spaces*. Dordrecht, S. 55–72.
- STENBACKA, S. (2013): International Migration and Resilience: Rural Introductory Spaces and Refugee Immigration as a Resource. In: Tamásy, C. u. J. Revilla Diez (Hrsg.): *Regional resilience, economy and society: globalising rural places*. Farnham, S. 75–93.
- STEWART, E. (2011): UK Dispersal Policy and Onward Migration: Mapping the Current State of Knowledge. In: *Journal of Refugee Studies* 25, H. 1, S. 25–49.
- STEWART, E. u. M. SHAFFER (2015): *Moving On? Dispersal Policy, Onward Migration and Integration of Refugees in the UK. Final Report*. Sheffield.
- SVR (Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration GmbH) (2016): *Ankommen und Bleiben – Wohnsitzauflagen als integrationsfördernde Maßnahme? Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2016–6*. Berlin.
- TILIA, G. (2000): Integration bosnischer Flüchtlinge in Fanø/Dänemark – Ein Beispiel für gelingende Praxis. In: Miksch, J. u. A. Schwier (Hrsg.): *Fremde auf dem Land*. Frankfurt am Main, S. 78–85.
- VALENTA, M. u. N. BUNAR (2010): State Assisted Integration: Refugee Integration Policies in Scandinavian Welfare States: the Swedish and Norwegian Experience. In: *Journal of Refugee Studies* 23, H. 4, S. 463–483.
- WEBER, J. (2016): Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge in Niederbayern. In: Franke, S. u. H. Magel (Hrsg.): *Flüchtlinge aufs Land? Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen* 106. München, S. 33–39.
- WEIDINGER, T. u. S. KORDEL (2016): Was wir von anderen Ländern lernen können. Geflüchtete in ländlichen Räumen. In: Franke, S. u. H. Magel (Hrsg.): *Flüchtlinge aufs Land? Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen* 106. München, S. 103–111.

- WEINE, S., Y. HOFFMAN, N. WARE, T. TUGENBERG, L. HAKIZIMANA, G. DAHNWEIGH, M. CURRIE u. M. WAGNER (2011): Secondary Migration and Relocation Among African Families in the United States. In: *Family Process* 50, H. 1, S. 27–46.
- WERNESJÖ, U. (2014): Landing in a Rural Village: Home and Belonging from the Perspectives of Unaccompanied Young Refugees. In: *Identities* 22, H. 4, S. 451–467.
- WITTEBORN, S. (2011): Constructing the Forced Migrant and the Politics of Space and Place-making. In: *Journal of Communication* 61, H. 6, S. 1142–1160.
- WOODS, M. (2011): *rural*. New York.
- WREN, K. (2007): Supporting Asylum Seekers and Refugees in Glasgow: The Role of Multi-agency Networks. In: *Journal of Refugee Studies* 20, H. 3, S. 291–413.

Tobias Weidinger
 Dr. Stefan Kordel
 Prof. Dr. Perdita Pohle
 Universität Erlangen-Nürnberg
 Institut für Geographie
 Lehrstuhl für Kulturgeographie und
 Entwicklungsforschung
 Wetterkreuz 15
 91058 Erlangen
 tobias.weidinger@fau.de
 stefan.kordel@fau.de
 perdita.pohle@fau.de

Резюме

ТОБИАС ВАЙДИНГЕР, ШТЕФАН КОРДЕЛЬ, ПЕРДИТА ПОЛЕ Остаться или уйти? Факторы влияния на мобильность места проживания официально признанных беженцев в сельских районах на примере Баварского Леса (Германия)

В последние годы все больше лиц, ищущих убежища, прибывало в Европу и размещалось, в том числе, в сельских районах в рамках государственной политики распределения. Эта форма международной миграции в сельские регионы до сих пор затрагивалась в исследованиях лишь мимоходом, хотя она и воспринимается различными субъектами в качестве импульса для регионального развития, который поможет противодействовать сокращению инфраструктуры в результате эмиграции, снижению рождаемости и нехватке рабочей силы. Остается неясным, насколько устойчивы эти процессы миграции для сельских регионов, и останутся ли просители убежища на селе и после получения статуса беженца, когда они смогут свободно выбирать место жительства – жить в деревне (*staying put*), или перебраться в города (*onward migration*)? На примере двух округов в Баварском Лесу (Германия) в данной статье обсуждается тема мобильности места проживания официально признанных беженцев на фоне индивидуальных пожеланий по поводу места жительства и структурных факторов, таких как местный рынок жилья и труда, социальная среда и правовые аспекты. С помощью интеграционной модели Эйджера и Стрэнга прорабатывались структурные особенности сельских районов для принятия решения по поводу дальнейшего проживания в соответствующем регионе или переселения в другое место. На основе интервью с местными специалистами в рамках рекомендаций, эмпирические данные демонстрируют миграцию из сельской местности в город, повторную миграцию в сельские районы, переселение и *пребывание в сельской местности (rural staying)*. Однако индивидуальные факторы неопределенности подчеркивают временный характер мобильности места проживания официально признанных беженцев. В поисках места жительства на местах и интеграции беженцев в социальное жилое окружение важная роль придается поддержке местными действующими лицами, что прямо или косвенно влияет на мобильность места проживания. При этом локально-региональные отличия демонстрируют неоднородность сельских районов.

Миграция; мобильность; интеграция; проживание; беженцы; сельские регионы; Бавария

Résumé

TOBIAS WEIDINGER, STEFAN KORDEL et PERDITA POHLE Partir ou rester? Facteurs d'influence sur la mobilité résidentielle des réfugiés reconnus dans des zones rurales du «Bayerischer Wald», par exemple

Un nombre croissant de demandeurs d'asile ayant atteint l'Europe ces dernières années a également été accueilli dans les zones rurales sur la base des politiques de distribution de l'État. Cette forme d'immigration internationale en zones rurales n'a jusqu'à présent fait l'objet que d'une étude marginale, même si certains acteurs la considèrent comme une impulsion régionale de développement qui permettrait de contrecarrer la déconstruction des infrastructures du fait de l'émigration, de la baisse de la natalité et de la pénurie de main-d'œuvre. Il n'est pas encore défini dans quelle mesure ces processus d'immigration perdureront dans les zones rurales et si les demandeurs d'asile, une fois que leur statut de réfugié leur sera octroyé et qu'ils seront libres de choisir leur lieu de résidence, resteront vivre à la campagne (*staying put*) ou partiront s'installer en ville (*onward migration*). Dans l'article, l'exemple de deux districts de la forêt de Bavière (Allemagne) sert de base de discussion sur la mobilité du lieu de résidence de réfugiés reconnus, dans le contexte de souhaits individuels concernant le lieu de résidence et de facteurs structurels tels que le marché local du logement et du travail, l'environnement social et les aspects juridiques. Avec l'aide du modèle d'intégration de Ager et Strang, les spécificités structurelles des zones rurales sont élaborées ici pour la décision de rester ou de poursuivre la route. Les données empiriques, basées sur des interviews d'experts menés avec des acteurs locaux à l'aide d'un guide d'entretien, montrent une migration de la campagne vers la ville, un retour dans les zones rurales, une migration dans les zones rurales et le *rural staying*. Des facteurs individuels d'incertitude soulignent cependant le caractère provisoire de la mobilité résidentielle des réfugiés reconnus. L'aide qu'apportent les acteurs locaux, pour la recherche de logement sur le terrain et l'intégration de réfugiés dans l'environnement résidentiel, se voit attribuer un rôle important, influençant directement ou indirectement la mobilité du lieu de résidence. Ce faisant, des différences locales et régionales montrent le caractère hétérogène des zones rurales.

Migration; mobilité; intégration; habiter; réfugiés; zones rurales; Bavière